

Landkreis Leer

Kreisverwaltung

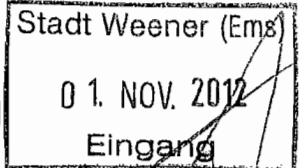
Der Landrat

Amt für Wasserwirtschaft

Sprechzeiten: Mo.-Fr. 08:30 bis 12:30 Uhr

Kreisverwaltung
Bergmannstraße 37
26789 Leer

Telefon: (04 91) 9 26 - 0
Telefax: (04 91) 9 26 - 17 50
E-Mail: info@lkleer.de
www.landkreis-leer.de



Landkreis Leer 26787 Leer
Stadt Weener
Osterstraße 1

26826 Weener

Sparkasse Leer Wittmund
BLZ 285 500 00 Konto 803 361

Ihr Zeichen
Ihre Nachricht vom
Mein Zeichen
Ihr/e Ansprechpartner/in
Durchwahl (04 91)
Telefax (04 91)
persönliche E-Mail
Datum
Thema

III/68-Ga-kli-8/1-114/12-WS-799/2012

Herr Garlichs

926 - 12 88

926 - 9 12 88

bernhard.garlichs@lkleer.de

29.10.2012

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 133 S „Nördlich Gasthuslohne“, Abschnitt A
Ausnahmegenehmigung zur Durchführung des Vorhabens gemäß § 4 der „Verordnung über
Schutzbestimmungen in Wasserschutzgebieten (SchuVO)“

I.

Wasserbehördliche Ausnahmegenehmigung

Auf Ihren Antrag vom 17.08.2012 erteile ich Ihnen die wasserbehördliche Ausnahmegenehmigung gemäß § 4 der „Verordnung über Schutzbestimmungen in Wasserschutzgebieten (SchuVO)“ vom 09.11.2009 (Nds. GVBl. Nr. 25/2009) zur Realisierung des oben genannten Vorhabens.

II.

Nebenbestimmungen

Folgende Auflagen sind mit dieser Ausnahmegenehmigung verbunden:

1. Es ist darauf zu achten, dass einhergehend mit der Erschließung des Baugebietes keine grundwasserschädigenden Handlungen entstehen.
2. Sofern die unter Ziffer 1 genannten grundwasserschädigenden Handlungen im Zusammenhang mit der Bautätigkeit vermutet oder festgestellt werden, ist meine Wasserbehörde zu informieren.

III.

Verfahren

Das wasserbehördliche Genehmigungsverfahren ist in § 4 der SchuVO in Verbindung mit dem § 92 des Niedersächsischen Wassergesetzes – NWG – in der Fassung vom 19.02.2010 (Nds. GVBl. Nr. 5, S. 64), zuletzt geändert durch Verordnung vom 12.04.2012 (Nds. GVBl. Nr. 5, S. 46) geregelt. Zuständige Genehmigungsbehörde ist gemäß § 129 NWG meine Wasserbehörde.

IV.
Verwaltungskosten

Sie haben Anlass zu diesem Verfahren gegeben und deshalb die Kosten nach den §§ 1, 3, 4, 5, 9 und 13 des Verwaltungskostengesetzes (VWKG) vom 25.04.2007 (Nds. GVBl. S. 172) zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 09.12.2011 (Nds. GVBl. Nr. 30, S. 471) in Verbindung mit § 1 der Allgemeinen Gebührenordnung (AllGO) in der Fassung vom 05.06.1997 (Nds. GVBl. S. 171, 1998 S. 501), zuletzt geändert durch Verordnung vom 20.01.2012 (Nds. GVBl. Nr. 1, S. 7) Nr. 96.4 des Kostentarifs zu tragen.

Die Höhe der Verwaltungskosten ergibt sich aus dem Ihnen gleichzeitig zugehenden Kostenfestsetzungsbescheid.

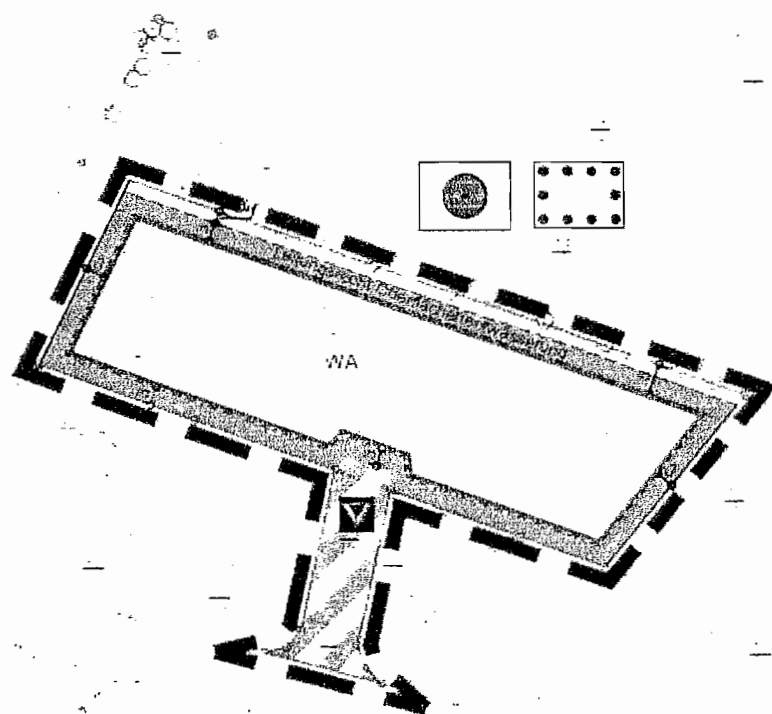
V.
Rechtsbehelfsbelehrung

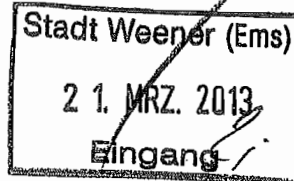
Gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch beim Landkreis Leer, Bergmannstraße 37, 26789 Leer, erheben.

Im Auftrage



Auszug aus dem Bebauungsplan Nr.133 S
„Nördlich Gasthuslohne“





Der Landrat

Amt für Wasserwirtschaft

Sprechzeiten: Mo.-Fr. 08:30 bis 12:30 Uhr

Kreisverwaltung
Bergmannstraße 37
26789 Leer

Telefon: (04 91) 9 26 - 0
Telefax: (04 91) 9 26 - 17 50
E-Mail: info@lkleer.de
www.landkreis-leer.de

Landkreis Leer 26787 Leer

Stadt Weener
Osterstraße 1

26826 Weener

Sparkasse Leer-Wittmund
BLZ 285 500 00 Konto 803 361

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen

Ihr/e Ansprechpartner/in

Durchwahl (04 91)

Telefax (04 91)

persönliche E-Mail

Datum

Thema

III/68-Ga-kli-8/1-15/13-PG-658/2012

Herr Garlichs

926 - 12 88

926 - 9 12 88

bernhard.garlichs@lkleer.de

11.03.2013

Bebauungsplangebiet Nr. 133 S „Nördlich Gasthuslohne“ Stapelmoor

Einleiten von dem im Bebauungsplangebiet anfallenden Oberflächenwasser in ein Gewässer III.
Ordnung und die Herstellung eines Grabens im Plangebiet

I.

Wasserbehördliche Erlaubnis bzw. Plangenehmigung

Auf Ihren Antrag vom 25.07.2012 – eingereicht am 26.07.2012 und ergänzt am 10.01.2013 durch die Niedersächsische Landgesellschaft mbH, Am Pferdemarkt 1, 26603 Aurich – erteile ich Ihnen hiermit gemäß den §§ 6, 8 – 13, 18, 67, 68, 70, 100 und 101 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) in der Fassung vom 31.07.2009 (BGBl. Nr. 51, S. 2585) zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 05.12.2012 (BGBl. I S. 2449) in Verbindung mit den §§ 9, 108 und 109 des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG) in der Fassung vom 19.02.2010 (Nds. GVBl. Nr. 5, S. 64), zuletzt geändert am 03.04.2012 (Nds. GVBl. S. 46), die wasserbehördliche Erlaubnis zur Einleitung von dem im Bebauungsplangebiet Nr. 133 S „Nördlich Gasthuslohne“ anfallenden Oberflächenwassers in ein Gewässer III. Ordnung und die Plangenehmigung zur Herstellung eines Grabens im Plangebiet an dem im Lageplan „Oberflächenentwässerung, Schmutzwasserkanalisation“ gekennzeichneten Bereich, nach Maßgabe der mit meinem Genehmigungsvermerk versehenen Antragsunterlagen.

Einleitungsstelle

Gewässer III. Ordnung

Rechtswert: 33 87 832 Hochwert: 58 90 927

Folgende Unterlagen sind Bestandteil dieser Erlaubnis bzw. Plangenehmigung:

- a) Antrag vom 25.07.2012
- b) Erläuterungsbericht
- c) Übersichtslageplan i. M. 1:20.000
- d) Berechnungsgrundlagen
- e) Lageplan, Anlage-Nr. 5.1, Bl. 1, bearbeitet am 20.12.2012

II.

Nebenbestimmungen

Die Erlaubnis bzw. Plangenehmigung wird unter folgenden Auflagen erteilt:

Auflagen:

- 1. Die Ausführung der Baumaßnahme hat nach den geprüften Antragsunterlagen zu erfolgen. Jede geplante Änderung oder Erweiterung bedarf vor Ausführung einer schriftlichen Anzeige bei der Genehmigungsbehörde, die entscheidet, ob eine Änderung der Erlaubnis und Plangenehmigung notwendig wird. Die in den Antragsunterlagen vorgenommenen Grüneintragungen sind verbindlich und bei der Ausführung zu beachten.
- 2. Der Wasserabfluss ist jederzeit, auch während der Baudurchführung zu gewährleisten.
- 3. Es ist seitens der Genehmigungsinhaberin sicherzustellen, dass keine Schmutzwässer in die Entwässerungsgräben abgeleitet werden.
- 4. Nach Fertigstellung der Baumaßnahme ist beim Landkreis Leer – untere Wasserbehörde – die Abnahme zu beantragen.
- 5. Die Erlaubnis und Plangenehmigung ergeht unter dem Vorbehalt der nachträglichen Aufnahme, Änderung oder Ergänzung von Auflagen.

III.

Bedingungen

Keine

IV.

Hinweis

Die Plangenehmigung regelt nur die öffentlich-rechtliche Beziehung zwischen den Beteiligten. Bestehende Eigentumsverhältnisse werden durch die Plangenehmigung selbst nicht verändert und sind daher auch nicht Gegenstand dieses Verfahrens.

V.
Verfahren

Die Zuständigkeit der unteren Wasserbehörde für diese Erlaubnis, Plangenehmigung bzw. Genehmigung ergibt sich aus § 129 NWG.

VI.
Kostenfestsetzung

Sie haben Anlass zu diesem Verfahren gegeben und deshalb die Kosten nach den §§ 1, 3, 4, 5, 9 und 13 des Verwaltungskostengesetzes (VWKG) vom 25.04.2007 (Nds. GVBl. S. 172) zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 09.12.2011 (Nds. GVBl. Nr. 30, S. 471) in Verbindung mit § 1 der Allgemeinen Gebührenordnung (AllGO) in der Fassung vom 05.06.1997 (Nds. GVBl. S. 171, 1998 S. 501), zuletzt geändert durch Verordnung vom 26.11.2012 (Nds. GVBl. Nr. 28, S. 471) Nr. 96.2.1 und 96.2.3 des Kostentarifs zu tragen.

Die Höhe der Verwaltungskosten ergibt sich aus dem Ihnen gleichzeitig zugehenden Kostenfestsetzungsbescheid.

VII.
Begründung

A) Zum Verfahren:

Sie haben am 25.07.2012 die Einleitung von dem im Bebauungsplangebiet anfallenden Oberflächenwasser in ein Gewässer III. Ordnung und die Plangenehmigung zur Herstellung eines Grabens beantragt, über die ich gemäß den §§ 12 und 70 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) in der Fassung vom 31.07.2009 (BGBl. Nr. 51, S. 2585) zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 05.12.2012 (BGBl. I. S. 2449) und den §§ 9 und 129 des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG) in der Fassung vom 19.02.2010 (Nds. GVBl. Nr. 5, S. 64), zuletzt geändert am 03.04.2012 (Nds. GVBl. S. 46) zu entscheiden habe.

Gemäß § 70 (1) WHG wurden folgende Träger öffentlicher Belange gehört:

- Sielacht Rheiderland
- das Amt für Naturschutz und Planung des Landkreis Leer

B) Zum Tenor:

Einleiten von anfallendem Oberflächenwasser im Plangebiet Nr. 133 S. „Nördlich Gasthuslohne“ in ein Gewässer III. Ordnung.

- Aufgrund des § 8 (1) WHG bedarf die Benutzung eines Gewässers der behördlichen Erlaubnis nach § 10 WHG. Gemäß § 9 WHG stellt die Einleitung von Oberflächenwasser in ein Gewässer eine Benutzung im Sinne des WHG dar.

Herstellung eines Gewässers:

Nach § 68 WHG bedarf der Ausbau von Gewässern einer Plangenehmigung. Besteht für einen Gewässerausbau nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung, so kann anstelle eines Planfeststellungsbeschlusses eine Plangenehmigung erteilt werden. Da das von Ihnen beabsichtigte Vorhaben keine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderte, war die Durchführung eines Plangenehmigungsverfahrens erforderlich.

Gemäß den §§ 12 und 68 WHG ist die Genehmigung dann zu versagen, wenn von dem Vorhaben eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit zu erwarten ist, die nicht durch Auflagen verhütet oder ausgeglichen werden kann.

Die vorgenannten Vorhaben können genehmigt werden, da eventuelle Beeinträchtigungen des Wohls der Allgemeinheit durch die Ziffer II, Nr. 1 - 5 erteilten Auflagen verhütet bzw. ausgeglichen werden können und im Übrigen wasserwirtschaftliche Gründe sowie Belange des Naturschutzes der Maßnahme nicht entgegenstehen.

Die Anhörung der Träger öffentlicher Belange ergab, dass grundsätzlich keine Bedenken gegen die beabsichtigten Maßnahmen erhoben wurden. Die darüber hinaus vorgebrachten Hinweise und Anregungen waren aus wasserwirtschaftlicher Sicht notwendig und wurden bei der Entscheidung über die Plangenehmigung erforderlich.

VIII.
Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch beim Landkreis Leer, Bergmannstraße 37, 26789 Leer, erheben.

Im Auftrag



Anlage

Der Landrat

Amt für Wasserwirtschaft

Sprechzeiten: Mo.-Fr. 08:30 bis 12:30 Uhr

Kreisverwaltung
Bergmannstraße 37
26789 Leer

Telefon: (04 91) 9 26 - 0
Telefax: (04 91) 9 26 - 17 50
E-Mail: info@lkleer.de
www.landkreis-leer.de

Sparkasse Leer Wittmund
BLZ 285 500 00 Konto 803 361

Landkreis Leer 26787 Leer
Niedersächsische Landgesellschaft mbH
Am Pferdemarkt 1

26603 Aurich

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen

Ihr/e Ansprechpartner/in

Durchwahl (04 91)

Telefax (04 91)

persönliche E-Mail

Datum

Thema

III/68-Ga-kli-8/1-51/13-ENT-368/2013

Herr Garlichs

926 - 12 88

926 - 9 12 88

bernhard.garlichs@lkleer.de

07.05.2013

Archäologische Untersuchungen im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 133 S „Nördlich Gasthuslohne“ in der Stadt Weener, Ortsteil Stapelmoor

hier: Entnahme von Grundwasser zur Durchführung von archäologischen Erkundungsarbeiten und Einleitung des entnommenen Grundwassers in ein Gewässer III. Ordnung

I.

Wasserbehördliche Erlaubnis

Auf Ihren Antrag vom 22.04.2013 erteile ich Ihnen gemäß den §§ 8 - 10 und 13 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) in der Fassung vom 31.07.2009 (BGBl. Nr. 51, S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 05.12.2012 (BGBl. I S. 2449), die wasserbehördliche Erlaubnis zur Entnahme von Grundwasser für die Durchführung von archäologischen Erkundungsarbeiten und die Einleitung des entnommenen Grundwassers in das westlich an das Erkundungsfeld angrenzende Gewässer III. Ordnung.

Folgende Planunterlagen sind Bestandteil dieser Erlaubnis zur Grundwasserentnahme:

- a) Antrag vom 22.04.2013
- b) Übersichtsplan mit dem gekennzeichneten Untersuchungsbereich
- c) Bodenuntersuchung mit Schlitzsondierungen und einer Körnungslinie, aufgestellt durch das ELN Erdbaulabor Nortmoor am 08.04.2010
- d) Prüfbericht, Untersuchung einer Grundwasserprobe auf den Eisengehalt, geprüft durch das Chemische Untersuchungsamt Emden am 19.04.2013
- e) Berechnung der Reichweite der Grundwasserabsenkung, aufgestellt durch das H & M Ingenieurbüro, An der Fabrik 3, 26835 Hesel

II.

Nebenbestimmungen

Die Erlaubnis wird unter folgenden Auflagen erteilt:

1. Die Ausführung der Grundwasserentnahme und Wiedereinleitung hat nach den geprüften Antragsunterlagen zu erfolgen. Jede geplante Änderung oder Erweiterung der Grundwasserentnahme bedarf vor der Ausführung einer schriftlichen Anzeige bei der Erlaubnisbehörde, die entscheidet, ob eine Änderung der Erlaubnis notwendig wird.
2. Die Grundwasserentnahme ist beschränkt auf einen Zeitraum von ca. 3 Wochen ab Baubeginn, mit einer max. Entnahmemenge von ca. 18 m³/h. Sofern sich Änderungen hinsichtlich Dauer der Grundwasserentnahme und der Entnahmemenge ergeben, ist dies meiner unteren Wasserbehörde umgehend, schriftlich mitzuteilen.
3. Die Grundwasserabsenkung ist, wie in den Antragsunterlagen beschrieben, jeweils am Wochenanfang in Betrieb zu nehmen und am Wochenende wieder auszuschalten. Hierdurch ist die Reichweite der Auswirkung der Grundwasserabsenkung einzugrenzen.
4. An den Gebäuden die im errechneten Absenkungsbereich für 1 Woche liegen (s. Darstellung H & M), sind durch ein Sachverständigenbüro Beweissicherungen durchzuführen. Die Dokumentation ist mir bis zum Beginn der Grundwasserabsenkung einzureichen.
5. Das entnommene Grundwasser ist vorrangig für die Bewässerung der Einzelbäume, die in der Nähe des archäologischen Untersuchungsfeldes stehen, zu verwenden und dort im Wurzelbereich zu verrieseln.
6. Grundwasser, was nicht mehr zur Bewässerung verwendet werden kann, ist in den westlich angrenzenden Graben III. Ordnung einzuleiten. Die schadlose Ableitung des Grundwassers ist zu gewährleisten.
7. Beginn und Beendigung der Maßnahme sind meiner Wasserbehörde anzuzeigen.
8. Die Entnahmemengen sind über eine Messeinrichtung (Wasseruhr) zu erfassen und meiner Wasserbehörde nach Abschluss der Grundwasserentnahme zur Berechnung der Entnahmegebühr zu übermitteln.
9. Etwaige, durch die Überwachung entstehenden Kosten und anfallende Wasserentnahme- und Einleitungsgebühren hat die Genehmigungsinhaberin zu tragen.
10. Weitere Auflagen oder Änderungen bzw. Ergänzungen von Auflagen bleiben vorbehalten.

III. Hinweis

Diese Erlaubnis ersetzt nicht die nach anderen Vorschriften etwa notwendigen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen und privatrechtlichen Vereinbarungen.

IV. Begründung

A) Zum Verfahren:

Die Zuständigkeit der unteren Wasserbehörde für diese Erlaubnis ergibt sich aus dem § 129 NWG.

B) Zum Tenor:

Aufgrund des § 9 (WHG) bedarf das Entnehmen von Grundwasser der behördlichen Erlaubnis nach § 10 WHG. Gemäß § 9 (1) Nr. 5 stellt das Entnehmen, Zutagefördern, Zutageleiten und Ableiten von Grundwasser eine Benutzung im Sinne des WHG dar.

Gemäß § 12 WHG ist die Erlaubnis dann zu versagen, wenn von der beabsichtigten Benutzung eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit zu erwarten ist, die nicht durch Auflagen verhütet oder ausgeglichen werden kann.

Einwendungen gegen den Antrag wurden nicht erhoben. Die beantragte Erlaubnis kann erteilt werden, da wasserwirtschaftliche Gründe sowie Belange des Naturschutzes der Grundwasserentnahme nicht entgegenstehen.

V. Verwaltungskosten

Für diese Genehmigung wird gemäß den §§ 1, 3, 4, 5, 9 und 13 des Verwaltungskostengesetzes (VwKG) vom 25.04.2007 (Nds. GVBl. S. 172), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 09.12.2011 (Nds. GVBl. Nr. 30, S. 471) in Verbindung mit § 1 der Allgemeinen Gebührenordnung (AllGO) in der Fassung vom 05.06.1997 (Nds. GVBl. S. 171, 1998 S. 501), zuletzt geändert durch Verordnung vom 26.11.2012 (Nds. GVBl. Nr. 28, S. 471) Nr. 96.2 des Kostentarifs eine Verwaltungsgebühr in Höhe von 185,00 € (Mindestgebühr) festgesetzt.

Der Betrag ist innerhalb von 2 Wochen kostenfrei an die Kreiskasse Leer in Leer unter Angabe des Buchungszeichens 12.2.03.3311000 mit der KB-Nr. _____ zu zahlen.

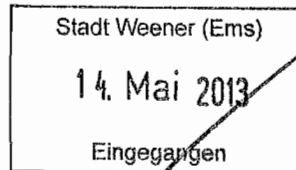
VI.
Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch beim Landkreis Leer, Bergmannstraße 37, 26789 Leer, erheben.

Im Auftrage
Gez. Unterschrift

Anlage

Stadt Weener
Osterstraße 1, 26826 Weener



Vorstehendes Schreiben übersende ich zur Kenntnis.
Im Auftrage